

Der Tag

2

Zeitung zum Kongress

der *moment*



momentum 10
SOLIDARITÄT

Der Tag
2

Inhalt



SERVICE FÜR DEN OLDTIMER

Damit sie angesichts der größeren Vielfalt in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt weiterhin eine Basis hat, braucht die Gewerkschaft Mut zum Versuch. Nur was kann das konkret bedeuten und welche Herausforderungen bringt dies mit sich?

...mehr auf Seite 4



POLITIK PROJEKT-BASIERT?

Politische Aktivität im 21. Jahrhundert ist vielfältig: Die Organisation in Mitgliedsparteien ist nicht mehr das Hauptfeld des Engagements. „Solidarität organisieren“ diskutiert, wie modernes Ehrenamt funktionieren kann, was wir aus der unbrennt-Bewegung lernen können, welche Innovationen in der Behindertenpolitik greifen und warum politische Organisationen und Parteien bei neuen Massenbewegungen und Grass-Root-Wahlkämpfen ansetzen.

... mehr auf Seite 6



COMMUNITY FÜR ATYPISCHE

Harald Voitl geht mit seinem Projekt in der Gewerkschaft VIDA neue Wege und versucht, atypisch Beschäftigte mit der Methode des Community Organizing zu organisieren.

... mehr auf Seite 7

Wettbewerb ade?



Wie kommen wir solidarisch aus der Krise? Diese Frage stand über der gestrigen Podiumsdiskussion mit Gabriele Michalitsch, Birgit Mahnkopf und Engelbert Stockhammer. Rosa Lyon (ORF) fragte nach den Zielen und dem gemeinsamen Nenner für den Weg aus der Krise.

Michalitschs Antwort war klar: Inklusion. „Wir müssen Ausschluss und Hierarchien minimieren.“ Engelbert Stockhammers Zielformulierung baute auf dem Finanzsystem und der Wohnungswirtschaft auf, er sieht die Lösung – im Moment – in mehr Verstaatlichung. Für Mahnkopf darf die Politik nicht länger Zwänge exekutieren, sondern muss dem Markt konkrete Ziele vorgeben. Wettbewerb müsse durch Kooperation ersetzt, das Wachstumskonzept hinterfragt werden – und: „Effizienz gehört in die Schusslinie“. Welche These ist die beste, die richtige? Die Aufforderung, sich für eine Zielformulierung zu entscheiden, sorgte im Publikum für Irritation – einige kritisierten, damit würde man

sich dem Wettbewerbsgedanken unterwerfen. In der weiteren Diskussion konstatierte Stockhammer: „Die neoliberale Story ist brüchig geworden“ und die Aufgabe linker Politik wäre es, Widersprüche aufzuzeigen. Was das Problem Wett-

Die neoliberale Story ist brüchig geworden

bewerb betrifft, wussten die DiskutantInnen: Wir brauchen mehr Kooperation. Aber: Kann man diese Kooperation erzwingen? Durch klare Regeln für die Gesellschaft wäre das möglich, meinte Michalitsch, von Stockhammer gab's ein klares „Ja“ und Mahnkopf betonte die Unterschiede der politischen Felder, die bei erzwungener Kooperation berücksichtigt werden müssten. Der Kongress biete die Möglichkeit, so Michalitsch, Begriffe wieder umzudeuten, Momentum wäre die „Anti-Mont-Pelerin-Society“. Worin sich die DiskutantInnen einig waren: Die Zeit ist da, um radikal zu sein.

Aktionistisches Hallstatt

Bis heute erhitzen die Pläne des Denkmalamts, mehr Häuser unter seinen „Schutz“ zu stellen, die Gemüter der HallstätterInnen – ein Rundgang



„Ich habe da was für Sie vorbereitet!“, sagt Bürgermeister Alexander Scheutz und knallt zwei Ordner auf den Tisch. Sie sind voll mit Zeitungsartikeln über die Denkmalschutz-Debatte, die die HallstätterInnen dieses Frühjahr bewegte. Darüber berichtet haben fast alle, angefangen vom größten Kleinformat Österreichs bis hin zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung. „Sogar die Schwarzen“, lächelt Scheutz und zeigt auf einen Artikel aus dem ÖVP-nahen „Neuen Volksblatt“.

Die Pläne des Denkmalamts, weitere Häuser unter Denkmalschutz zu stellen, ließen die HallstätterInnen zu aktionistischen Taten schreiten: Es wurden Veranstaltungen abgehalten, 7.500 Unterschriften gesammelt (Hallstatt selbst hat rund 900 Einwohner) und an vielen Häusern im

Ort hingen sie Transparente mit der Aufschrift „Denkmalamt, nein danke“ oder „Hallstatt wehrt sich“ auf. „Wir waren unter den ersten, die ein Transparent aufgehängt haben“, erzählt Cobie Höll. Sie ist Besitzerin eines Hauses, das sich an den Abhang direkt über der Seestraße schmiegt. Wenn es nun unter Denkmalschutz gestellt werde, würde der Wert des Hauses dramatisch sinken, befürchtet sie.

„Wir Hallstätter haben was daraus gemacht“, schaltet sich ihr Mann ein. Da brauche man keine weitere Einmischung von außen, schon gar nicht, wenn diese dann bis ins Schlafzimmer komme. Dies ist eine Facette des Konflikts: Das Denkmalamt hätte ein „Betretungsrecht“ bekommen und somit tatsächlich in die Wohnungen gehen können. Darauf hat das Denkmalamt angesichts der Proteste

verzichtet, auch wenn der Leiter des Bundesdenkmalamts in Oberösterreich, Wilfried Lipp, damals meinte, er habe in 40 Jahren noch nie davon Gebrauch gemacht.

Sorge vor Abwanderung der Jungen

Wichtiger scheint das finanzielle Argument zu wiegen, denn Renovierungen in einem Haus unter Denkmalschutz sind meistens kostspieliger. Brigitte Schöff, Mitarbeiterin in der Trafik, schildert noch eine Befürchtung: „Die Jungen wandern eh immer mehr ab, weil es hier zu wenig Arbeitsplätze gibt. Wenn sie ein Haus erben, das ohnehin schon schwer zugänglich ist, und dann will das Denkmalamt noch überall mitreden: Wer hält denn dann noch die Häuser?“

Für Bürgermeister Scheutz ist eine wichtige Etappe geschlagen, denn das Thema ist zumindest vorläufig vom Tisch. Und am Sonntag kommender Woche kann Scheutz ein weiteres Dokument zu seinem Pressespiegel hinzufügen, denn am Sonntag in einer Woche strahlt ORF 2 um 18:25 Uhr eine Doku mit dem Titel „Leben im Museum“ aus.

Leben im Museum?

Die 900-Seelen-Gemeinde Hallstatt wurde 1996 in die Weltkulturerbe-Liste der Unesco aufgenommen. 75 Objekte stehen bereits unter Denkmalschutz, das Denkmalamt wollte einen ganzen Ortsteil mit rund 150 Gebäuden, darunter zahlreiche private Wohnhäuser, unter Ensembleschutz stellen. Dies haben die HallstätterInnen verhindert. Auch heute noch ist es ein dankbares Thema, um mit HallstätterInnen ins Gespräch zu kommen.

2

Der Tag

Service für den Oldtimer

Die mangelnde Integration von prekär Beschäftigten durch Globalisierung - die Gewerkschaften



„Das Prinzip von Versuch und Irrtum ist ein fix verankertes Prinzip für Menschen, die ihre Oldtimer restaurieren wollen“, schreibt Willi Mernyi in seinem Beitrag zum Thema „Solidarität organisieren“ (Track #4). Ein Prinzip, das auch für die Reform der Gewerkschaftsbewegung gelten müsse. Neben dem Mut zum Versuch sei die verstärkte Mitgliedereinbindung ein zentraler Hebel zur Veränderung – allerdings nicht in der herkömmlichen Form „sie einmal im Jahr zu einer Konferenz einzuladen und sich dann zu wundern, wenn sie kein Interesse haben“. Konkret schlägt Mernyi zeitlich begrenzte, transparent bestimmte inhaltliche Schwerpunktsetzungen vor und plädiert für die Umgestaltung von Gremien von Informationsveranstaltungen hin zu „Räumen für Know-how-Transfer“ darüber, wie neue Herausforderungen genommen werden können. Freilich komme es nicht nur darauf an, den Oldtimer Gewerkschaft fahrtüchtig zu machen, sondern auch darauf, wer ihn steuert.

Sandra Stern geht in ihrem Beitrag „Gewerkschaftliche Strategien“ noch einen Schritt weiter und beschreibt die AkteurInnen, die als Dreh- und Angelpunkt zur Analyse der Veränderung gewerkschaftlicher Strukturen. Die homogene Zusammensetzung dieser AkteurInnen – männlich, über 50 und vollzeitbeschäftigt - führt laut Mernyi zwangsläufig zu blinden Flecken.

Arbeiten auf Zeit

Wie wichtig die Integration sogenannter atypisch Beschäftigter in gewerkschaftliche Strukturen ist, zeigt eine breit angelegte Befragung von ZeitarbeiterInnen in Oberösterreich durchgeführt vom ISW (Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften).

Wie der Autor Michael Specht festhält, wird ein Großteil der ZeitarbeiterInnen heute teilweise an betrieblichen Sozialleistungen beteiligt und in gesellige Aktivitäten im Betriebsumfeld integriert. Benachteiligungen

gibt es dagegen beim Entgelt. Dabei hat gewerkschaftliche Organisation einen entscheidenden Einfluss auf die Arbeitsbedingungen. Der Beitrag zeigt: Wo die Betroffenen das Gefühl haben, durch einen Betriebsrat vertreten zu werden, „stellt sich für sie die Gesamtsituation im Betrieb deutlich positiver dar“. Außerdem würden die Beschäftigten von ArbeitskräfteüberlasserInnen, die betriebsrätlich organisiert sind, seltener von Problemen mit Umgehungen arbeitsrechtlicher Bestimmungen wie Kündigungsschutz, bezahltem Urlaub oder Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall berichten.

Es kommt nicht nur darauf an, den Oldtimer Gewerkschaft fahrtüchtig zu machen, sondern auch darauf, wer ihn steuert.

Verschobene Realitäten

Mit welchen Veränderungen österreichische Betriebsräte sonst noch zu kämpfen haben, haben Mario Becksteiner, Elisabeth Steinklammer und Florian Reiter im Rahmen eines zweijährigen, von der GPA-DJP finanzierten Forschungsprojekts untersucht und die praktischen Folgen der Erosionsmomente des austro-korporatistischen Settings analysiert.

Gründe für Zeitarbeit

Die Studie unterscheidet drei Gründe, warum Menschen ZeitarbeiterInnen werden:

- mangels Alternativen
- Vehikel für Wechsel aus Niedriglohnbranchen in Hochlohnbranchen. Das führt oft zu Dequalifizierung, die für höheren Lohn in Kauf genommen wird
- Folge betrieblicher Auslagerungsprozesse – diese Gruppe bewertet Zeitarbeit besonders kritisch

ner

äftigen und MigrantInnen, Machtverschiebungen stehen unter Druck.

Die AutorInnen gehen davon aus, dass aufgrund der hegemonialen Form des fordistischen Klassenkompromisses in Österreich eine Konzentration auf institutionelle Macht, auf die politische Arbeit auf der Makro- und Branchenebene und die Praxisformen „Vertrauensbeziehungen und Verrechtlichung“ die gewerkschaftliche Arbeit dominieren. Das spiegelt sich in einer entsprechend hierarchisch aufgebauten Gewerkschaftsstruktur wider.

Durch die im Zuge der Globalisierung entstehende Machtverschiebung zu Gunsten der Kapitaleseite wird dieser Fokus zum Problem. Was abstrakt klingt, bekommen BetriebsrätInnen ganz praktisch zu spüren: „Kurzfristigkeit und räumliche ‚Spreizungen‘ in der Betriebsorganisation machen nicht nur das Aufbauen von Vertrauensbeziehungen zur Unternehmensleitung schwieriger“.

Auch das Arbeitsverfassungsgesetz kommt vermehrt in Widerspruch zu den neuen Realitäten. Während Gewerkschaften an Konfliktlösung über traditionelle sozialpartnerschaftliche Machtstrukturen festhalten, verlagern sich laut den AutorInnen Konflikte immer mehr auf die Betriebsebene. Dort fehlt die kollektive Konflikterfahrung. „BetriebsrätInnen finden sich eingekeilt zwischen zwei starken bürokratisch organisierten Strukturen: zwischen Gewerkschaft und Betrieb.“

Vertretung oder Abschottung

So neu die Herausforderung der Globalisierung für Gewerkschaften sein mag, so alt ist jene der Einwanderung. Es gibt zwei Möglichkeiten zu reagieren: Die ImmigrantInnen als potentielle Mitglieder anzusprechen und ihre Interessen zu vertreten oder Einfluss auf ihre Zulassung zum Arbeitsmarkt zu nehmen und InländerInnen den Vorrang

zu geben. Jan Kreisky stellt in seinem Beitrag die unterschiedlichen Strategien vor, die Gewerkschaften in den USA, Spanien, Deutschland und Österreich wählten. Er zeigt auf, dass die Diskussion über den Umgang mit Zuwanderung für die ArbeiterInnenbewegung keineswegs neu ist. Entscheidend für den Weg, den eine Gewerkschaft schließlich wählt, sind zahlreiche Faktoren wie die interne Organisation, ökonomische Bedingungen, die nationale Migrationsgeschichte, die Bereitschaft der MigrantInnen zur gewerkschaftlichen Organisation und ihr arbeitsrechtlicher Status. Deutsche Gewerkschaften etwa hätten das Potenzial von migrantischen Mitgliedern viel früher erkannt als österreichische. Für diese beschreibt Kreisky ein InländerInnenprimat am Arbeitsmarkt und geht der Frage nach, ob es seit der „Wende im ÖGB“ auch eine Wende in der Migrationspolitik gegeben hat.

Gelesen und gemerkt

*Organisationsgrad des ÖGB
1970 57,7 %*

*Organisationsgrad des ÖGB
2006 31,7 %*



2

Der Tag

Dann tu's doch!

Ohne Menschen, die aktiv werden, bleibt Solidarität ein Eintrag im Wörterbuch. Die Beiträge im Track „Solidarität organisieren“ zeigen, wie's gehen kann

#unibrennt

Gestern vor einem Jahr nahm die Besetzung des Auditorium Maximum der Uni Wien ihren Anfang. Doch was bleibt?

Das Ehrenamt verändert sich – was bedeutet das für Parteien und Gewerkschaften? Diese Frage stellen sich Michael Heiling und Andreas Kastner in ihrem Beitrag für den Track „Solidarität organisieren“.

und „klassische Mitgliedsorganisationen“ sind jedenfalls vom Wandel der ehrenamtlichen Arbeit besonders (negativ) betroffen: Sie sind die VerliererInnen der Modernisierung. Heiling und Kastner haben sich ein konkretes Projekt der Wiener Sozialdemokratie angesehen: das „Team für Wien“ sollte eine Anbindung ohne Mitgliedschaft ermöglichen, eine „professionell organisierte Mitmachplattform“ als „loses Netzwerk“.

Extrem relevant scheint gerade auch im Wahlkampf das Motiv zu sein, die Person des Bürgermeisters politisch zu unterstützen. Seminare sollen beim Argumentieren helfen. Abseits des Wahlkampfs wird die Aktivität heruntergefahren, denn langfristiges Ziel bleibt die Arbeit in den „regulären“ Strukturen. Ob das gelingen kann, bleibt eine offene Frage.

Eine nicht von Kritik und Zweifel freie Einschätzung der österreichischen Uni-Proteste des Vorjahres liefern Inge Yih-Chün Chen und Mina Djelani in ihrem Beitrag „#unibrennt – Reiche Eltern für alle“. „Die Idee durch Besetzung und Protest in drei Monaten die Hochschulpolitik verändern zu können ist politische Naivität und Idealismus. Nichts desto trotz war sie notwendig, um Menschen überhaupt zu motivieren sich zu engagieren.“ Das gemeinsame Interesse für bessere Universitäten und das solidarische Handeln werden als sinn- und identitätsstiftend erlebt – ohne sich Illusionen über den politischen Erfolg der Bewegung zu machen.

Wird die Sozialdemokratie jetzt „projektbasiert“?

Die Initiative dafür kam weniger von der Partei selbst, als von SympathisantInnen, die aktiv werden wollten – auch das ist bemerkenswert. „Grundsätzlich gibt es im ‚Team für Wien‘ ganz bewusst keine Verpflichtungen für die AktivistInnen und auch kein zeitliches Mindestengagement“, berichten die Autoren. Die Kommunikation verläuft im Dialog und soll über TeamleiterInnen organisiert werden.

Neben Nicht-Mitgliedern sollten auch jene angesprochen werden, die mit den klassischen Strukturen der Einbindung in „Sektionen“ im Wohnbezirk unzufrieden sind.

Die Entstehungsgeschichte von Innovationen in der Behindertenpolitik zeichnet Angela Wegscheider in ihrem Beitrag „Menschen mit Behinderungen: Lobbyisten in eigener Sache“ nach. Die Diskussionen um das Bun-



Der Befund der Wissenschaft geht eindeutig von einer Entwicklung zur projektbezogenen, weniger altruistischen Mitarbeit aus. Aber ist das auf den politischen Bereich überhaupt anwendbar? Immerhin ist dieser auf die „Ochsentour“ von der Organisationsbasis an die Spitze orientiert und funktioniert vielleicht auch einfach anders? Politische Verbände

Wahlkampf als loses Netzwerk?

Mit der Plattform „Team für Wien“ will die Wiener SPÖ Nichtmitglieder ansprechen. Den 2.400 AktivistInnen geht es eher um das „große Ganze“ – etwa um Arbeit gegen den Vormarsch der RechtspopulistInnen.

Atypische Vida

Solidarität nur ein
k „Solidarität

Empowerment statt Stellvertreter-Prinzip: Harald Voitl geht in seiner Gewerkschaft neue Wege

despflegegeldgesetz und das Behindertengleichstellungsgesetz. „Gesetze für Menschen mit Behinderungen sind durch die in einer Gesellschaft vorherrschenden ideologischen Grundhaltungen und durch das dominierende Wohlfahrtsstaatsparadigma geprägt“, analysiert Wegscheider. Entscheidend sei die überregionale Zusammenarbeit verschiedener Initiativen von Betroffenen – aber auch der Leidensdruck durch die bisherigen Regelungen. Zumindest dienten die Vorschläge der entsprechenden Organisationen auch als Vorlage für die ersten Gesetzesentwürfe.

„Das 20. Jahrhundert war geprägt durch den Aufstieg und Fall von Massenorganisationen“, schreiben Jürgen Wutzlhofer und Harald Katzmaier in ihrem Paper „Partikularinteresse statt Gemeinwohl?“. So einfach ist die Rechnung dann auch wieder nicht. Neue Massenbewegungen wie die US-amerikanischen Megachurches und Grass-Root-Wahlkämpfe zeigen, dass das neue Große aus dem Kleinen entsteht. Wutzlhofer und Katzmaier argumentieren, dass diese neuen Bewegungen nicht nur von großer Relevanz sind, sondern auch einen Gegenpol zu den „monolithisch organisierten Interessen“ im Wirtschafts- oder staatsnahen Bereich bilden können.

Atypische Beschäftigungsverhältnisse stellen nicht nur die ArbeitnehmerInnen vor Herausforderungen, sondern sie machen es auch Gewerkschaften schwer, in den entsprechenden Betrieben Fuß zu fassen. Eine andere Form der Organisierung für diese Fälle zu finden - das ist eine der Motivationen für das Projekt, das Harald Voitl in der Gewerkschaft VIDA in zwei globalen Paketdienstleistungsunternehmen durchführt. Neu ist, dass er für sein Engagement die Methode des Community-Organizing zu Grunde legte. Den Unterschied zur bisher vorherrschenden Herangehensweise schildert er so: „Statt StellvertreterInnen-Kämpfe zu führen, geht es um Empowerment der Betroffenen, damit diese eigenverantwortlich Lösungswege bei der Durchsetzung ihrer Interessen finden können.“

Selbstorganisation statt Stellvertreter-Kämpfen.

Im Alltag sei dies nicht immer leicht, denn sowohl bei Betroffenen als auch bei BetriebsrätInnen stoße man damit nicht immer auf Verständnis. „Wenn sie hören, dass ich von der Gewerkschaft bin, treten viele ArbeitnehmerInnen als erstes mit individuel-



len Problemen an mich. Unser Ziel ist es aber, dass sie gemeinschaftlich, im Sinne von Community-Organizing, für ihre Interessen kämpfen. Es geht darum, bei ihnen ein Bewusstsein dafür herzustellen, dass sie mit ihren Problemen keine Einzelfälle sind.“ Auf der anderen Seite könne es auch Konflikte mit BetriebsrätInnen geben, deren Selbstverständnis vom Stellvertreter-Prinzip geprägt ist – und das mit einem Kulturwandel in Richtung Community-Organizing völlig in Frage gestellt werde. Dass es in der Praxis dennoch sehr einfach sei, Kontakt mit MitarbeiterInnen aufzunehmen zeige ihm, wie groß der Bedarf einer Organisierung und Unterstützung durch die Gewerkschaft wäre. Für die Gewerkschaft biete diese neue Methode die Chance, neue bisher unerreichte Menschen anzusprechen und so zur Veränderung von Machtverhältnissen am Arbeitsmarkt beizutragen.

Harald Voitl arbeitet seit über 10 Jahren in der Gewerkschaft Vida. Seit November 2009 arbeitet er an einer Organisierungskampagne der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF) und uni-global (Internationale Dienstleistungsgewerkschaft) zu den fünf weltweit größten Paketdienstleistern.

Solidarität und Abgrenzung

„Community Organizing mit seiner Tradition aus der BürgerInnenrechtsbewegung in Chicago um 1930 (Saul D. Alinsky) wird von jenen Gewerkschaften, die sich dem Organizing-Ansatz bedienen, als der Ursprung des gewerkschaftlichen Organizing beschrieben.“

Der Kongress im Netz



Nachlese des eigenen oder anderer Tracks?
Alle Beiträge sowie ein „Der Moment“-Archiv sind online unter www.momentum-kongress.org

I like...



Momentum ist auch auf Facebook. Wem der Kongress, also die Fansseite, „gefällt“, wird über künftige Kongresse, TrackleiterInnen, Stargäste und Deadlines auf dem Laufenden gehalten.

Momentaufnahmen



Daniel Kumitz (Soziologe, Berlin, Track „Transnationale Solidarität“)

Für einen ersten Eindruck ist es noch fast zu früh. Gut fand ich, dass Ideen statt Personen im Vordergrund stehen. Im Track kommt zwar niemand aus einer politischen Organisation, aber die wissenschaftlichen Disziplinen und Hintergründe sind sehr heterogen. Und ich find's schön am See!



Kornelia Hauser (Soziologin, Innsbruck, Track „Was ist Solidarität?“)

Der erste Tag war anstrengend! Wir haben noch keine Einigung erzielen können, was Solidarität nun ist. Ich denke nicht, dass Solidarität wirklich alles zwischen „einander Hühnersuppe kochen“ und den „chinesischen Arbeitern“ ist. Solidarität hilft, sich für andere Werte einzusetzen: zum Beispiel Gleichheit.



Klaus Posch (Soziologe/Psychologie, Graz, Track „Zukunft des Wohlfahrtsstaats“)

Für mich ist es ja wichtig, einmal mit Ökonomen zu sprechen. Aber wie schwer uns das fällt, eine gemeinsame Sprache zu finden! Dabei greifen Ökonomie, Psychologie und Soziologie stark ineinander. Was mich jedenfalls freut ist die lebendige, offene Diskussion mit den Jüngeren – mit viel Respekt.



Manu Hiesmair (Sozialwirtschaft, Linz, Track „Arbeitsrecht und Arbeitsverhältnisse“)

Wir haben heute diskutiert, wie Lohnarbeit flexibler gemacht werden kann – aber aus Sicht der ArbeitnehmerInnen. Mein Eindruck von der Atmosphäre ist: die Leute sind sehr begeistert, auch von der Diskussion im Track. Ich fand die Eröffnung am Donnerstag auch sehr inspirierend.

Misik im Turm: Anleitung zur Weltverbesserung



Fürs heutige Abendporgramm machen wir einen Abstecher in den Winter: Der Rudolfsturm bietet Ausblick auf Ort, See und Berge. Die Anreise mit der abenteuerlichen Seilbahn lohnt selbst für nicht ganz

Schwindelfreie. Seinen Namen hat der Turm vom Habsburger Rudolf I und ziert seit 1284 den Salzberg. Alle anderen nutzen die extra für Momentum fahrende Gondel. Beginn 19:00, danach Party im Turm.

Gondelzeiten

18:00 – 18:45 | 23:00 – 2:00
Dazwischen steht für den Fall der Fälle ein Shuttle-Dienst zur Verfügung.

Abreise am Sonntag

Nach der Verabschiedung gibt es mehrere Möglichkeiten zur Abreise, das Schiff führt direkt zum Bahnhof.

Die Abfahrtszeiten von Schiff und Zug hängen vor dem Kongresszentrum aus. Für weitere Auskünfte steht

das Kongressteam bereit. Es fährt auch wieder ein Bus von Hallstatt nach Linz und dann nach Wien.

Abfahrt: 12:30
(das Gepäck kann gleich nach dem Kongressabschluss eingeladen werden.)